Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: Zentrum: Amt Zähen 8994 Geschäftsstelle: Amt Zähen 3449

Postscheckkonto: Berlin 3448.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenbüros zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Reklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 175. [56. Jahrgang.] Mittwoch den 27. Juni 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 175.

Berlin, den 26. Juni.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 26. Juni, abends. (W. T. B.)
Von den Fronten sind keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 26. Juni 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am 25. Juni haben Kaiserschützen und Teile des westgalizischen Infanterieregiments Nr. 57 nach gründlicher Vorbereitung und mit wirksamster Artillerieunterstützung die auf dem Grenzrücken südlich des Sugamatales noch in Feindeshand verbliebenen Stellungsteile im tapferen zähen Kampfe voll wiedergenommen. Alle Gegenangriffe des Feindes scheiterten an der tapferen Haltung unserer Besatzung. Bisher wurden gegen 1800 Mann an Gefangenen, darunter 14 Offiziere, eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Von der Westfront.

Berlin, 26. Juni. An der flandrischen Front herrschte am 25. Juni rege Artillerie- und Fliegertätigkeit. Die deutsche Artillerie setzte mit beobachtetem guten Erfolge die Beschämpfung der englischen fort. Feindliche Bewegungen und Ansammlungen wurden gestört. Schweres Feuer lief in Armentières zahlreiche Munitionsbrände und einen Fabrikbrand hervor. Auch in Ypern wurde eine große Explosion mit nachfolgendem Brande beobachtet.

An der Arrasfront fanden in der Nacht zum 25. sowie in der Nacht zum 26. mehrfache Patrouillenzusammenstöße und erbitterte Gefechte kleinerer Abteilungen statt. Deutscherseits wurden mehrfach Gefangene eingebracht. Die Engländer fülten vor allem nach anhaltenden Zerstörungsfeuer mit Patrouillen bis zu Kompagniestärke gegen den Lensbogen vor, die im allgemeinen abgewiesen wurden. Ein bei Givenchy um 11 Uhr abends in den deutschen Graben vorgedrungener englischer Stoßtrupp wurde sofort wieder hinausgeworfen. Westlich Fontaine gelang es den Engländern, um 2 Uhr 35 Minuten nachts überraschend in Kompagniebreite in die deutsche Stellung einzudringen. Sofort einsetzende Gegenangriffe hatten Erfolg. Der Kampf ist noch im Gange.

An der Aisnefront opferten die Franzosen erhebliche Menschenmassen für die Wiedereroberung der Bergnase nordwestlich der Hurtebise Ferme. Die Opfer stehen in keinem Verhältnis zu dem erzielten Gewinn.

In der Westchampagne war bei sehr guter Sicht Artillerie und Fliegertätigkeit rege. Schwerstes französisches Flachfeuer wirkte weit in das Hintergelände der deutschen Stellungen. Die deutsche Artillerie nahm mit bestem Erfolg den Kampf gegen die französische auf. Zahlreiche Brände und Explosionen wurden beobachtet.

Seekrieg.

Bern, 26. Juni. Nach dem „Matin" wurde der englische Dampfer „Toro" in der Nähe der englischen Küste von einem deutschen U-Boot angegriffen. Er nahm den Kampf auf und konnte schwer beschädigt den Hafen erreichen.

Kopenhagen, 26. Juni. Nach Mitteilung des Ministeriums des Aeußern wurde der dänische Dampfer „E. T. Nygaard" auf der Reise von Spanien nach England versenkt.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 26. Juni. Generalstabsbericht vom 25. Juni.

Kaukasusfront: Am rechten Flügel hatte eine feindliche Abteilung in Stärke einer Kompagnie beim Zusammenstoß mit unseren Aufklärungspatrouillen Tote und Verwundete verloren und sich zurückgezogen. Am linken Flügel in einigen Abschnitten bedeutungsloses Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. In einem Abschnitt wurde ein feindlicher Ueberfallversuch durch unser Feuer abgewiesen und dabei einige Beute gemacht. An den anderen Fronten keine erwähnenswerten Bewegungen.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 26. Juni. Generalstabsbericht vom 26. Juni.

Mazedonische Front: Auf der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer. Feindliche Erkundungsabteilungen, die in der Moglenagegend vorzurücken versuchten, wurden zurückgeworfen. Auf dem rechten Wardarufer wurde bei Djumnitza eine feindliche Erkundungsabteilung durch Feuer gestört. An der unteren Struma bei Emirköy Patrouillengeplänkel.

Rumänische Front: Bei Mahmudia und Ifaccea vereinzelte Kanonenschüsse.

Die Franzosen und die Wahrheit.

Berlin, 26. Juni. Der Funkdienst Lyon vom 25. Juni 10 Uhr vormittags gefällt sich darin, die Wahrhaftigkeit der deutschen Heeresberichte anzuzweifeln. Der deutsche Heeresbericht vom 23. Juni soll lediglich die von den Franzosen zugegebenen deutschen Erfolge bei Laurzillon und am Pöhlberge gebracht haben, dagegen die Gewinne, die die Franzosen im Gegenangriff machten, unterschlagen haben. Eine Irreführung des französischen Publikums fällt bekanntlich der französischen Regierung leicht, da sie es bisher wagen konnte, ihrem republikanischen und demokratischen Volke die Lektüre der deutschen Heeresberichte zu verbieten. In neutralen Ländern dürfte dieses Täuschungsmanöver schwieriger sein, da ein Blick in den deutschen Heeresbericht vom 22. Juni genügt, die Unwahrhaftigkeit der französischen Behauptung zu erkennen. Im deutschen Heeresbericht vom 22. Juni heißt es über den französischen Gegenangriff bei Laurzillon: „Nach zähen Nahkampfe verdrängten die Franzosen unsere Truppen aus einem Teil der Gräben nordöstlich von Laurzillon", und über die französischen Gegenangriffe am Pöhlberge schreibt der Heeresbericht vom gleichen Tage: „Während der Nacht setzte der Gegner 7 heftige Gegenangriffe an, die ihm nur zu wesentliche Erfolge brachten." Im übrigen wollen wir nicht vergessen: am 16. April wollten die Franzosen als Angriffsziel des ersten Tages über die Linie Auroy—Moronvillers hinaus vorstoßen. Am 25. Juni ereignet sich der französische Funkdienst über die Frage, ob in dem Hügelgelände weit südlich dieser Linie einige Meter mehr oder weniger in Gegenangriff von den Deutschen zurückerobert wurden.

Wieder eine Reuter-Lüge.

Berlin, 26. Juni. Amtlich. Reuter verbreitet die Nachricht, daß deutsche Flieger an der Nordfront südlich Smorgon über den russischen Linien Flugblätter folgenden Inhalts abgeworfen haben: „Wir danken Euch für die lange Ruhe und Eure Verbrüderung, die uns gestattet haben, Truppen an die Westfront zu bringen und der englisch-französischen Offensive stand zu halten. Jetzt haben wir davon genug, wir werden den Kampf wieder aufnehmen und auf alle Eure Soldaten schießen, die sich mit uns anbiedern wollen." Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende erlogen.

Wachsender Unglaube in England.

Berlin, 26. Juni. Unter den Papieren eines am 18. Juni abgeschossenen englischen Fliegerleutnants befand sich ein Brief aus London vom 20. Mai folgenden Inhalts:

„Es gibt nicht viel Neuigkeiten hier, außer daß uns erzählt wird, daß die Russkis sich entschlossen haben, zu kämpfen und keinen Separatfrieden gemacht haben. Aber ich glaube verdammt wenig davon. Ich habe die glaubwürdige Nachricht durch unseren nahen Verwandten an diesem Ort: Er erzählt mir, es war ein Fiasko. Und das wird nicht weiter der sind, als wie vor 2 Monaten waren. Ich kann diese Sorte Nachrichten, die uns vorgesetzt werden, nicht verstehen. Soweit ich sehen kann, werden sie uns nie daheim, weder die Boches niedergezwungen sind."

Die Unruhen in Irland.

Amsterdam, 26. Juni. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß die Unruhen in Cork seh rernster Natur waren. Die Sinnfeiner hatten die Stadt am Sonnabend früh vollständig in ihrer Macht; die Menge begann, Gebäude zu zerstören, als eine Abteilung Polizei mit aufgepflanzten Bajonetten heranrückte. Die Polizei mußte sich, nachdem mehrmals gefeuert worden war, zurückziehen. Sie erhielt Verstärkungen, worauf der Kampf mit wechselndem Erfolg fortgesetzt wurde. Schließlich wurde Militär zur Hilfe gerufen.

Zur „Befreiung" Griechenlands.

Amsterdam, 26. Juni. „Times" meldet aus Athen, daß die Franzosen am Sonntag früh die Umgebung des Stadions und Zappeions sowie verschiedene Punkte der Stadt besetzt haben.

Auf den Rat von Jonnart soll die Vorläufige Regierung von Salaniki nach dem Piräus übersiedeln. Eine starke Abteilung von Gendarmerie hat Saloniki am Sonntag verlassen, um sich nach Athen zu begeben, das sie zusammen mit den französischen Truppen besetzen soll. In Vrevesa sind neben einer französischen Abteilung Truppen der Vorläufigen Regierung gelandet.

London, 26. Juni. (Reutermeldung.) „Times" berichtet aus Athen: Sobald das Parlament zusammentritt, wird Venizelos den Abgeordneten sein Programm vorlegen. Er wird möglicherweise vorschlagen, daß Griechenland sich den Alliierten anschließen soll, hat aber nicht die Absicht, die Griechen gegen ihren eigenen Wunsch zu mobilisieren. Epirus hat sich der Vorläufigen Regierung angeschlossen. Eine französische Abteilung und Truppen der Vorläufigen Regierung wurden in Prevesa gelandet.

Bern, 26. Juni. „Progrès de Lyon" meldet aus Athen, im Epirus sei eine Grenze festgesetzt worden zur Trennung der von den Italienern besetzten und der Nationalregierung unterstehenden Gebiete. Demnach scheine die Gefahr von Zwischenfällen ausgeschaltet zu sein.

Die Angst vor der Wahrheit.

Laut „Eclair" vom 21. Juni bezeichnet Viktor Basch in „Le Pays" den in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mitgeteilten Brief des früheren russischen Botschafters in London an Stassonow vom Februar 1913 als einen Beweis dafür, wie gefährlich die deutsche Argumentation über die Ursachen des Krieges sei. Wenn die Neutralen und vor allem die unerfahrenen russischen Sozialisten mit den deutschen zusammenkämen, so läge die Gefahr vor, daß ihre Geister von der deutschen Argumentation angesteckt würden.

Aus Spanien.

Madrid 25. Juni. (Reuter.) Der Ministerrat hat heute abend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien beschlossen.

Bern, 26. Juni. „Tempo" meldet aus Madrid: Der Dichter Juan Antonio Cavestany, Mitglied der spanischen Akademie, ist zum Nachfolger des spanischen Gesandten in Lissabon, Lopez Munoz, ernannt worden.

Das neue österreichische Kabinett im Abgeordnetenhause.

Wien, 26. Juni. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler stellte das neue Kabinett dem Hause vor. Er bezeichnete als die Aufgabe der Regierung die Erledigung des vorläufigen Hauhaltsplanes, der Mandatsverlängerung, der Delegationswahlen und der Kriegsgewinnsteuer und sagte u. a.: Es handelt sich um Volks- und Staatsnotwendigkeiten, deren rechtzeitige Erledigung jedem Staatsbürger, welcher politischen Richtung immer, am Herzen liegt. Die Regierung wird die laufenden Verwaltungsgeschäfte im Geiste strengster Unparteilichkeit durchführen und sich eifrigste Fürsorge für die in den schweren Bedrängnissen der Kriegszeit mit wahrhaft bewundernswerter Standhaftigkeit ausharrende Bevölkerung angelegen sein lassen, wobei sie namentlich der Volksernährung und den damit zusammenhängenden Fragen, einschließlich der Kohlenversorgung, ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden wird und zwar sowohl der Produktionsförderung als auch einer gerechten Verteilung. (Beifall.) Das gegenwärtige Kabinett trägt vorläufigen Charakter. Seine Amtsführung soll die Fortsetzung der bereits eingeleiteten Aktion, die auf die Schaffung der politischen Voraussetzungen für eine weiter ausgreifende Tätigkeit der Volksvertretung abzielt, in keiner Weise vorgreifen, sondern im Gegenteil freien Spielraum schaffen. Ist diese Entwicklung zum Abschluß gekommen, wird das Kabinett in frohem Bewußtsein erfüllter Pflicht einer endgültigen Regierung den Platz räumen. Der Ministerpräsident hat schließlich das Hohe Haus, vom ehrlichen Willen der Regierung überzeugt zu sein und ihr auch jene werktätige Mitwirkung nicht zu versagen, ohne die alle ihre Bemühungen zum Schaden des Ansehens des gemeinsamen Vaterlandes fruchtlos sich erweisen müßten. (Lebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident wurde vielfach beglückwünscht.

Der Leiter des Finanzministeriums übermittelte einen Gesetzentwurf betreffend die Kriegsgewinnsteuer. Das Haus trat sodann in die zweite Lesung des vorläufigen Haushaltsplanes ein.

Der Landesverteidigungsminister beantwortete schriftlich eine Interpellation des Abgeordneten Langenhan, betreffend die Beleidigung des Offizierstandes im allgemeinen und der Offiziere deutscher Nationalität im besonderen durch tschechische und slowenische Abgeordnete. Der Minister bedauerte, daß wider Erwarten nicht von allen Seiten des Hauses die Armeen für den beispiellosen Heldenmut und die unüberwindliche Ausdauer, Selbstverleugnung und den Schutz des bedrohten Vaterlandes rückhaltlose Anerkennung fänden. Die meisten Klagen, sagte er, betreffen Dinge, die hinter der Front oder gar im Hinterlande sich zugetragen haben. Der großen Kulturwelten, die unsere braven Truppen überall geleistet, gedenken nur wenige. In der freien und neutralen Schweizer Republik sogar wird jetzt vom Generalstabschef, unter Hinweis auf die augenblickliche Lage, gefordert, daß jede Kritik an der Armee vermieden werde. Für uns gilt dies umsomehr, als wir mitten im Kriege stehen. Gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Dr. Stransky hob der Minister das volle Verständnis und die volle Objektivität der Militärkreise hervor und protestierte gegen den Abgeordneten Korsec, weil dieser besonders den deutschen Teil des Offizierstandes in einer Weise angegriffen habe, die seinem priesterlichen Hauptberuf gewiß nicht entspreche. Uebrigens, erklärte der Minister, gibt es keine nationalen Teile des Offizierkorps, und es darf keine geben. Wir sind alle Offiziere Seiner Majestät und wollen es zum Wohl der gesamten bewaffneten Macht auch bleiben. Die Hauptbeschwerden richten sich gegen die Militärgerichtsbarkeit und die von den Truppen an der Front wegen Verrats getroffenen scharfen Maßregeln. Man muß aber bedenken, daß Verrat im eigenen Lande durch irregeleitete Elemente schärfste Repressalien nötig macht, die auch berechtigt sind. Daß dabei Mißgriffe vorgekommen sind, ist selbstverständlich, aber durch die Umstände zum Teil erklärlich. Die große Gesamtheit, Offiziere und Mannschaften aller Nationalitäten, das ganze Volk in den Waffen, hat sich herrlich bewährt. Ich muß daher Angriffe, die verallgemeinern wollen, als unberechtigt scharf zurückweisen.

Berichterstatter Steinwender setzt die Verhandlungen über das Budgetprovisorium ein.

Der Leiter des Finanzministeriums Dr. Freiherr von Wimmer stimmt der Einschränkung des Budgetprovisoriums auf vier Monate, sowie der Beschränkung der Kreditermächtigung auf sechs Milliarden zu und sagt, es sei anzunehmen, daß man mit diesem Betrage während der nächsten vier Monate auskommen werde. Bezüglich der Anregung, für die hilfsbedürftigen Staatsbediensteten eine größere Aktion einzuleiten, erklärt der Minister, daß die Regierung sich wohl bewußt ist, in welch außerordentlich schwieriger Lage sich ein großer Teil der Staatsbediensteten befindet, und daß sie die Frage einer Abhilfe eingehend prüfen und erwägen werde.

Die heilige Pflicht der Finanzverwaltung sei strenge Sparsamkeit. Dennoch müßten für die Förderung und Entwicklung der Produktion unter allen Umständen Mittel aufgebracht werden. Die Vorlage des Budgets werde im Herbst möglich sein. Der Minister stellte die außerordentlichen Erfolge der sechsten Kriegsanleihe fest, die ein Ergebnis von sicher fünf Milliarden habe, und sagte: Der Erfolg ist durchaus echt. Die Notenpresse wird für die Zwecke der Kriegsanleihe nicht in Anspruch genommen. Es ist auch bisher bei der Kriegsanleihe die Inanspruchnahme der Notenbanken und der Kriegsdarlehnskassen für die Zwecke der Kriegsbeschaffung so gut wie gar nicht vorgekommen. Der Erfolg der sechsten Kriegsanleihe zeigt, daß wir die Kraft und den Willen haben, auch finanziell durchzuhalten. (Lebhafter Beifall. Redner wird beglückwünscht.) Die Sitzung dauert fort.

* * *

Wien, 26. Juni. Das Programm des neuen österreichischen Kabinetts ist nur die Erledigung des Budgetprovisoriums, die Delegationswahlen und die Verlängerung der Abgeordnetenmandate. Die parlamentarische Bewilligung dieses Programms erscheint gesichert, und damit ist der Beweis geliefert, daß die ablehnende Haltung des Reichsrats gegen den früheren Ministerpräsidenten aus rein persönlicher Gegnerschaft gegen ihn und nicht durch sachliche Momente begründet ist. Dadurch, daß nach Beseitigung dieser persönlichen Gegnerschaft das Parlament einem reinen Beamtenministerium mit kleinem, unpolitischem Programm die Staatsnotwendigkeiten glatt zu bewilligen sich anschickt, ohne dafür nationalpolitische Konzessionen zu verlangen, wird es nunmehr seine Arbeitswilligkeit und seine Arbeitsfähigkeit erweisen.

* * *

Wien, 26. Juni. Den Blättern zufolge verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf unterbreitet werden wird, durch den die zu Kriegsbeginn auf die Zivilpersonen ausgedehnte Zuständigkeit der Militärgerichte für gewisse Verbrechen dahin eingeschränkt wird, daß diese Zuständigkeit nur für das Kriegsgebiet aufrechterhalten wird, während sie für das Hinterland aufgehoben wird. Die Blätter begrüßen diesen Schritt mit großer Genugtuung.

Erledigung des deutsch-niederländischen Zwischenfalls.

Berlin, 26. Juni. (W. T. B.) Die Verhandlungen zwischen der Deutschen und der Niederländischen Regierung wegen der am 22. Februar 1917 infolge eines unglücklichen Zufalls durch ein deutsches Unterseeboot im Sperrgebiet versenkten niederländischen Handelsdampfer sind nunmehr zum Abschluß gelangt.

Der Admiralstab hatte bekanntlich den niederländischen Reedereien zugesagt, den im Sperrgebiet tätigen Unterseebooten die Schonung dieser Dampfer für den erwähnten Tag durch Funkspruch zu befehlen, dabei aber ausdrücklich hinzugefügt, daß er eine Gewähr für das Auffangen des Funkspruchs durch sämtliche beteiligten Unterseeboote nicht übernehmen könne. Die Reedereien hatten daraufhin das Auslaufen ihrer Schiffe veranlaßt, anstatt den ihnen als unbedingt sicher bezeichneten Termin vom 17. März zu wählen. In der Tat sind die niederländischen Schiffe durch ein Unterseeboot versenkt worden, das wider alles Erwarten infolge Störung seiner Funkspruchempfangseinrichtung den Befehl nicht erhalten hatte.

Bei dieser Sachlage konnte die deutsche Regierung eine Verantwortung für den auch von ihr lebhaft bedauerten Vorfall nicht anerkennen. Sie hat sich jedoch aus Teilnahme und in freundnachbarlicher Gesinnung bereit finden lassen, zur Abwendung der den Niederlanden durch die Schiffsverluste erwachsenen wirtschaftlichen Schäden gleichwertige in Niederländisch-Indien liegende deutsche Schiffe der niederländischen Regierung zur Verfügung zu stellen, wogegen diese die für die versenkten Schiffe zu zahlenden Versicherungssummen herausgeben will. Die Ersatzschiffe sind für die niederländisch-transozeanische Fahrt bestimmt und werden erst auslaufen, nachdem unsere Gegner den Flaggenwechsel anerkannt haben. Die Deutsche Regierung wird weiter den Besatzungen der versenkten Schiffe, wovon glücklicherweise niemand ums Leben gekommen ist, den erlittenen Schaden ersetzen.

Die Niederländische Regierung hat das bei diesen Verhandlungen bewiesene Entgegenkommen der Deutschen Regierung mit Dank anerkannt, sodaß damit der die Beziehungen der beiden Länder trübende Zwischenfall glücklich erledigt ist.

Die Wahlrechtsreform im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest, 26. Juni. (Meldung des Ungar. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Abgeordnetenhaus. Graf Tisza hat im Verlaufe der Erörterung über das Ermächtigungsgesetz bezüglich der Wahlrechtsreform einen Kompromißantrag gestellt, demzufolge vorläufig nur die Industriearbeiter das Wahlrecht erhalten, während durchgreifende Bestimmungen derzeit nicht getroffen werden sollen. Der Kultusminister Graf Apponyi hat namens der Regierung den Kompromißantrag abgelehnt; er erklärte: „Nach zahrelangen Erwägungen und in vollem Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und Menschen unterscheide ich das, was der Ministerpräsident in seiner Programmrede erklärt hat: Diese Regierung ist die Regierung der Wahlrechtsreform, sie liegt aber fällt damit."

Der Wahlrechtsblock hat sofort nach der Rede Apponyis eine Sitzung einberufen und festgestellt, daß der Vorschlag Tiszas einen verzweifelten Versuch darstellt, die Wahlrechtsreform zu vereiteln und seine reaktionäre Partei vor dem verdienenden Urteil der Neuwahl zu retten. Der Vollzugsausschuß des Wahlrechtsblocks weist einstimmig den Antrag des Grafen Tisza zurück, welcher durch die verdächtige einseitige Bevorteilung der industriellen Arbeiterschaft die Einheit des Wahlrechtsblocks erschüttern und die dem ganzen Volke gleiche Rechte erteilende ehrliche Demokratisierung des Landes, welche die Regierung beabsichtigt, zu verhindern sucht.

Budapest, 26. Juni. Im Abgeordnetenhaus bekämpfte Justizminister Wilhelm Vajsonyi die gegen die Ausdehnung des Wahlrechts gerichteten Ausführungen des Grafen Tisza. Die von Tisza im Jahre 1913 geschaffene Wahlreform sei eigentlich eine Scheinreform und Spiegelfechterei gewesen, die die Wählerzahl auf dem Lande bloß um 28 %, in den Städten um 44 % vermehrte. Graf Tisza habe stets jede Ausdehnung des Wahlrechts bekämpft. Als die Lage jedoch unhaltbar geworden, habe er seinen unversöhnlichen Standpunkt aufgegeben und wolle sich mit einigen Bronsamen gegenüber den Forderungen der Zeit abfinden. Der Redner bestritt, daß ein demokratisches Wahlrecht eine Gefahr für den Staat oder die Dynastie sei, und führt fort: Die Nation ist eine Pyramide, an deren Spitze der König steht. Die Spitze ist wohl am sichersten, wenn die Grundlage möglichst breit ist. Es hat die Begeisterung für den König im Herzen des Volkes gesteigert, da man weiß, daß der König für eine Erweiterung der Volksrechte eingetreten ist. Ungarn darf unmöglich eine reaktionäre Insel im demokratischen Europa bleiben, und sollte die Wahlreform von diesem reaktionären Abgeordnetenhaus niedergestimmt werden und es dahin zur Auflösung des Hauses kommen, so werden die von der Front heimkehrenden Verteidiger glücklich sein, zu finden, daß das banbare Vaterland allen seinen Söhnen mehr Recht und mehr Freiheit gewährt. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Aus der Schweiz.

Bern, 26. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung auf Grund der außerordentlichen Vollmachten einen Beschluß erlassen, durch den bestimmt wird, daß der Bundespräsident als solcher Vorsteher des politischen Departements ist. Für die Zeit bis Ende 1917 kann der Bundesrat auf Grund dieses Beschlusses einem Mitglied, das nicht Bundespräsident ist, die Leitung des politischen Departements übertragen. Die Handelsabteilung des politischen Departements geht an das Volkswirtschaftsdepartement über, das durch spätere Verwaltungsmaßnahmen so gut wie möglich entlastet werden soll. Dieser Beschluß tritt heute in Kraft.

Nach der Wahl Ador zum Mitglied des Bundesrats schritt der Bundesrat in der gleichen Sitzung sofort zur Neuverteilung der Departemente. Da Bundespräsident Schultheß auch während des Präsidialjahres im Einverständnis mit seinen Kollegen die Leitung des Volkswirtschaftsdepartements beizubehalten wünscht, wurde das neugewählte Mitglied Ador mit der Leitung des politischen Departements beauftragt. Auf Grund des gefaßten Beschlusses geht jedoch dieses Departement mit Beginn des nächsten Jahres an den Bundespräsidenten über.

Bern, 26. Juni. Bundesrat Ador hielt anläßlich seiner Wahl zum Leiter des politischen Departements eine Rede, in der er zunächst für seine Wahl dankte und versicherte, daß man auf seine volle Hingebung im öffentlichen